

irgend etwas Einschlägiges mitzuteilen hätte (der ehrgeizige Parsifal Ralf Dahrendorf ist da kein Verlust).

Hans Wolfgang Rubin, Mitglied des neunköpfigen Parteipräsidiums und Schatzmeister, hat seiner Partei kürzlich ins Gewissen gesprochen: es genüge nicht, zu den Mitbestimmungsentwürfen schlicht nein zu sagen; die Diskussion um Vermögensbildung und Alterssicherung nur defensiv zu betreiben; sich in vielen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik oder auch des geltenden Bodenrechts einfach totzustellen.

Wie wahr und richtig. Aber Rubin ist 57 Jahre alt und nicht hauptberuflich für die Partei und nicht in Bonn tätig. Personal und Manövrierraum der FDP erlauben es nicht mehr, derart strapazierende Grundsatzdiskussionen noch zu anderen als unverbindlichen Ergebnissen zu führen.

Um selbst zu überleben, sichert sie nur noch das Bestehende. Auf engstem Raum zusammengedrängt, wird die Partei den Weg des geringsten Kraftaufwandes einschlagen, und das heißt allemal, sie wird den Bürger gegen die Sozialisierer absichern.

Eine dritte Position innerhalb der Partei durchzusetzen, etwa angesichts der vom SPD-Parteitag allzu schematisch geforderten paritätischen Mitbestimmung, dazu reicht es an der Spitze nicht mehr. Die jungen Parteiaktivisten hingegen ermöglichen keinen Konsensus. SPD und Jungsozialisten dürften sich auf einer halb-mittleren Linie noch finden. Die Jungdemokraten hingegen werden die FDP entweder verlassen oder ruinieren oder beides.

Nein, es sieht ganz so aus, als hätte die FDP ihre bundesweite Rolle gespielt. Sie hat sich in einem ehrenvollen Kraftakt auf höchst nützliche Weise übernommen. Was Rubin fordert, wird nicht geschehen, die Partei wird sich in der Gesellschaftspolitik, wie Rubin das nennt, weiter totstellen, und irgendwann ist man dann tot.

Jene schlaue SPD-Rechnung, die FDP möge in den Gewässern der CDU fischen, um am Tag nach der Wahl wieder gegen die CDU zu regieren, wird nicht aufgehen. Gott Dank ist es den großen Parteien nicht gegeben, den kleinen durch verbale Angriffe den Garaus zu machen. Aber die SPD täte gut daran, nicht länger darauf zu bauen, daß ein kleiner Partner ihr ersparen wird, die verbalen Kraftakte ihrer Parteitage in die Tat umzusetzen. Fordern soll sie, was sie selbst, hätte sie die Mehrheit, tun wollte und könnte, nicht mehr.

Auch die Große Koalition war nach dem Willen ihrer Väter für eine weit längere Zeit berechnet, als sie gehalten hat. Schonung der FDP da, wo sie wieder einmal kneift, ist jetzt nicht mehr angebracht. Die Partei muß wissen, daß ihr Ende rasch und nicht rühmlich sein wird, wenn ihre CDU-Anhänger die Regierung Brandt/Scheel vorzeitig im Stich lassen. Nach den nächsten Bundestagswahlen, diese Prophezeiung sei gewagt, wird die SPD allein oder gar nicht regieren.

daten der CDU rechnerisch erst eine Mehrheit von einer Stimme.

Vorsichtshalber ließ die SPD bei wackligen FDP-Kandidaten sondieren. Das Ergebnis: Potentielle Abweichler wie die Nordrhein-Westfalen Ernst Achenbach, Gerhard Kienbaum und Siegfried Zoglmann sowie der Bayreuther Handelskammer-Funktionär Heinz Starke stehen zu Brandt. Der hessische Industrie-Millionär Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm, der aus Protest gegen die Ostpolitik der Bundesregierung bei der Abstimmung über den Etat des Bundeskanzleramts demonstrativ ferngeblieben war, wurde einer Sonderbehandlung unterzogen. Von dem Ergebnis berichtete FDP-Fraktionschef Mischnick seinem Kollegen Wehner: „Kühlmann wird weder für Kiesinger noch für Barzel stimmen.“

Als schwächsten Punkt in der Koalitionsfront machten die Gesinnungsforscher den IOS-Vertreter Erich Mende aus. Der frühere FDP-Chef hat bereits Kontakt zu CDU-Generalsekretär Bruno Heck aufgenommen. Während des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen verunsicherte Mende seine Parteifreunde mit einer prophylaktischen Entschuldigung: Einen Parteiwechsel dürfe man nicht zum Staatsverbrechen erklären.

Herbert Wehner, der damit rechnet, daß sich eventuell abwandernde FDP-Abgeordnete zwar gegen Brandt, nicht aber für Barzel oder Kiesinger einig sind, hat mit seiner Neuwahl-Drohung die FDP-Mannschaft mindestens vorläufig zur Disziplin gezwungen. Letzte Woche konnte der SPD-Vize seine Koalitions-Peitsche wieder einstecken. Auf Antrag von FDP-Innenminister Genscher erklärte das Bundeskabinett, es habe „ein Programm für vier Jahre und beabsichtigt, es durchzuführen“.

## BOTSCHAFTER-ENTFUHRUNG

### Nach Plan

Beim Umtrunk nach der Fernsehsendung „Journalisten fragen, Politiker antworten“, in der Nacht zum Freitag letzter Woche, witzelte der um Wahlprofil besorgte Außenminister Walter Scheel im Bonner ZDF-Studio über die Diskussionsfairneß seiner Kollegen Brandt und Kiesinger, die schon gegangen waren: „Wir sind eine feine Gesellschaft.“

Da, um 2.23 Uhr, klingelte das Telefon. Legationsrat Erster Klasse Helmut Hehenberger, Wachhabender im AA-Kristenstab, meldete Kriminelles: „Botschafter von Holleben ist entführt worden.“

Bonns Mann in Rio war — wie Gesandter Georg Roehrig im Telegramm an das Außenamt später mitteilte — von brasilianischen Guerrilleros auf seiner Fahrt im Dienst-Mercedes vom Amtsgebäude in die Residenz im Stadtteil Santa Teresa trotz starker Bewachung durch brasilianische Sicherheitsbeamte zwei Stunden zuvor (20.21 Uhr Ortszeit) überfallen und in einem Chevrolet verschleppt worden.

Zum zweitenmal in Scheels Amtszeit hatten sich lateinamerikanische Revo-

lutionäre zur Durchsetzung ihrer Ziele einen deutschen Diplomaten als Geisel ausgesucht. Am 21. März hatten sich guatemaltekeische Rebellen des Bonner Missionschefs Graf von Spreti bemächtigt und ihn getötet, als sie ihre Forderungen nach Freilassung politischer Gefangener von der Regierung Guatemalas nicht erfüllt bekamen.

Damals zog sich der deutsche Außenminister den Vorwurf zu, nicht energisch und rechtzeitig genug eingegriffen zu haben. Denn Scheel, der zu dieser Zeit in seinem salzburgischen Feriendyll Hinterthal Winterfreuden genoß, war auf wohlmeinenden Ratschlag des inzwischen in Pension geschickten AA-Staatssekretärs Georg Ferdinand Duckwitz in Österreich geblieben. Scheel später: „Ich gebe zu, daß ich im Falle Spreti die öffentliche Meinung falsch eingeschätzt habe. Das darf nicht wieder vorkommen.“

Die Situation war da. Nun handelte Scheel nach einem Plan, den eine



Entführter Botschafter von Holleben  
„Es ist etwas Furchtbares passiert“

eigens gebildete Arbeitsgruppe nach dem Spreti-Mord ausgetüftelt hatte, um für den Eventualfall vorbereitet zu sein.

Der Plan enthält auch Präventiv-Vorschriften. Er weist Botschafter in Staaten der Gefahrenzonen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas an,

- ▷ sich außerhalb der Botschaft nur in Begleitung von Sicherheitsbeamten des Gastlandes oder (auf Anforderung) der Bundesrepublik zu bewegen;
- ▷ nur Fahrtstrecken zu benutzen, die zuvor mit den Sicherheitsbehörden abgesprochen wurden;
- ▷ Residenz und Botschaft nur zu festgelegten Zeiten zu verlassen.

Für den Notfall sah der Mobilisierungs-Plan, nach Ländern unterteilt, gezielte Maßnahmen vor. Wer wann, wo und wie für Appelle, Proteste oder

Aufforderungen zu Hilfeleistungen kontaktiert werden sollte, stand im einzelnen fest. Auch mögliche Verbindungsleute zu Untergrundorganisationen hatten die AA-Detektive ausfindig gemacht.

Nach Schema benachrichtigte Scheel letzten Freitag zunächst den Bundeskanzler, Scheel zu Brandt: „Es ist etwas Furchtbares passiert. Unsere Sicherheitsvorschriften haben nicht ausgereicht.“

Dann beorderte der Außenminister die 20 Krisenstäbler seines Amtes ins Lagezentrum im sechsten Stock des Hochhauses an der Bonner Wörthstraße. Zugleich bat Adlatus Guido Brunner noch zur Nachtzeit Brasiliens Botschafter Sergio Armando Frazao ins AA, und Scheels Personalchef Hoppe stellte für seinen Boß Verbindungen mit Rio her.

Bonns Gesandter in Rio bestätigte dem Minister, daß sich Ehrenfried von Holleben pedantisch an die „Standing Order“ des AA für seine Sicherheit gehalten habe. Aber, so Roehrig, „die Revolutionäre schrecken vor nichts zurück“.

Wie bereits bei der Verschleppung des US-Botschafters in Brasilien (im September 1969) und des japanischen Generalkonsuls in São Paulo (im März dieses Jahres) wollen die Kidnapper offenbar auch mit ihrer jüngsten Aktion die Welt auf die immer schärfere Repression des brasilianischen Militärregimes aufmerksam machen.

Schritt für Schritt haben die Generale — derzeit ist Kavallerie-General Emilio Garrastazú Médici Präsident — seit ihrer Machtergreifung 1964 dem Land die härteste Diktatur Südamerikas aufgezwungen. 12 000 politische Häftlinge sitzen nach den Angaben der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen in den Gefängnissen des Militärregimes.

Systematisch foltern politische Polizei und die Geheimdienste von Marine, Heer und Luftwaffe alle, die auch nur in den Verdacht regierungsfeindlicher Betätigung geraten; selbst Frauen und Kinder werden zu Geständnissen geprügelt.

Die Kenntnis brasilianischer Verhältnisse veranlaßte Scheel, nach den offiziellen Kontakten mit der Regierung in Brasilien auch geheime Verbindung zu möglichen Mittelsmännern aufzunehmen. Hilfreiche Drähte zu den Untergrund-Organisationen vermutete das AA im nordbrasilianischen Recife und in Bonn: bei dem katholischen Erzbischof Helder Pessoa Câmara, der wegen seiner sozialreformistischen Ideen als Kommunist verdächtigt wird, und bei dem brasilianischen Deutschland-Korrespondenten Mauro Santayana. Den Kirchenmann trieben die AA-Fahnder in Paris, den Pressemann in Bonn, Endericher Straße 12, auf.

Bonns neuer AA-Staatssekretär Paul Frank verglich seine Krisenaktivität mit der seines Amtsvorgängers Duckwitz im Guatemala-Fall: Das Auswärtige Amt könne „diesmal mit gutem Gewissen sagen“, alle hätten „das Menschlich-Mögliche getan“.

## OSTPOLITIK

### Ideales Paket

Vor den Erfolg haben Bonns Ostpolitiker sich selbst ein Hindernis gesetzt.

Als die Gespräche mit Moskau und Warschau unterschriftsreife Verträge erwarten ließen, rieten außenpolitische Analytiker im Palais Schaumburg dem Bundeskanzler zur Härte. Nach Meinung dieser Experten hat die Sowjet-Union die Bonner Unterschrift bislang nicht ausreichend honoriert.

Konzessionen erwartet die Bundesregierung bei einem Problem, für das sie selber gar keine Verhandlungskompetenz hat: bei der Sicherung des Status von West-Berlin, der in die Zuständigkeit der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs fällt.

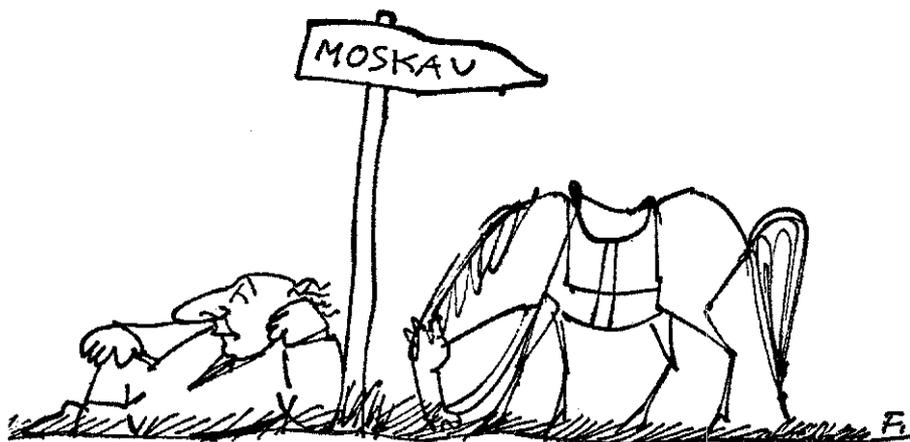
Der Kanzler stellte deshalb ein „ideales Paket“ (Brandt) zusammen:

Gesprächen, die seit dem 26. März im West-Berliner Kontrollrats-Gebäude geführt werden, zeigte sich Moskaus DDR-Botschafter Abrassimow spröde.

Zugestanden hat Abrassimow bislang seinen drei westlichen Kollegen — den Bonn-Botschaftern Kenneth Rush (USA), Roger Jackling (Großbritannien) und Jean Sauvagnargues (Frankreich) — lediglich, daß bis zum Herbst dieses Jahres 180 Telefonleitungen zwischen beiden Teilen Berlins geschaltet werden; dann kann der seit 18 Jahren lahmgelegte innerstädtische Fernsprechkverkehr wieder in Gang kommen.

Außer rein technischen Verbesserungen dieser Art erwartet Bonn aber vor allem, daß Moskau über die Sicherung der Zufahrtswege mit sich reden läßt sowie die Finanz-, Rechts- und Wirtschaftseinheit West-Berlins mit der Bundesrepublik anerkennt.

Über eine allgemeine Zusicherung, daß es nicht mehr zu krisenhaften Zu-



Pausierender Avantgardist

Die Zeit

Gleichzeitig sollen Abkommen mit der Sowjet-Union, Polen, der Tschechoslowakei und der DDR sowie Berlin-Vereinbarungen der vier Mächte erreicht werden, dazu gegebenenfalls noch ein Sondervertrag zwischen Bonn und der DDR über die Zufahrtswege nach West-Berlin.

Alle diese Abkommen und Vereinbarungen sollen bis zum nächsten Frühjahr abgeschlossen sein und — von den alliierten Berlin-Regelungen abgesehen — in einem gemeinsamen Ratifizierungsgesetz dem Bundestag vorgelegt werden. Um den Zusammenhang zwischen der Verständigung Bonns mit Ost-Europa und der Sicherung West-Berlins deutlich zu machen, soll der alliierte Berlin-Akkord in der Begründung des Ratifizierungsgesetzes zusätzlich erläutert werden.

Noch freilich ist nicht erwiesen, daß eine solche Berlin-Abrede überhaupt erreichbar ist. Zwar glaubt Bonns Moskau-Unterhändler Egon Bahr bei seinen Gesprächen mit Sowjet-Außenminister Gromyko Anzeichen für russisches Entgegenkommen bemerkt zu haben, doch bei den Vierer-

splzungen in und um Berlin kommen solle, haben sich die vier Botschafter bereits verständigt. Damit aber will sich Brandt nicht zufriedengeben: „So unpräzise reicht mir das nicht.“ Überdies besteht Bonn darauf, West-Berlin im Ausland und später auch in der Uno zu vertreten.

Die Uno-Bedingung könnte bald Bedeutung erlangen. Denn ein Ergebnis der Bahr-Verhandlungen hat Brandt bislang unter Verschuß gehalten: Bonn und Moskau haben sich in einer Protokoll-Notiz auf die gemeinsame Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR in die Uno geeinigt.

Zu Beginn seiner Gespräche mit Gromyko hatte Bahr erreichen wollen, daß Moskau gegenüber Bonn die „gewachsenen Verbindungen“ West-Berlins ausdrücklich respektiere.

Die Sowjets konterten mit der Forderung, dann müsse Bonn aber auch die Endgültigkeit der Grenzen West-Berlins anerkennen. Dies mochte Brandt, ehemals Regierender Bürgermeister von Berlin, nicht akzeptieren und wies Bahr an, das Thema fallen-